**Vierte Änderungssatzung zur Satzung der Stadt Wegberg über die von der
Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung für das Land NRW abweichende
Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen des Standesamtes**

vom 9. Juli 2025

Der Rat der Stadt Wegberg hat aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 5. Juli 2024 (GV. NRW. S. 444), und des § 2 Absatz 3 Satz 1 des Gebührengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (GebG NRW) vom 23. August 1999 (GV. NRW. S. 524), zuletzt geändert durch Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes vom 11. März 2025 (GV. NRW. S. 288), in seiner Sitzung am 8. Juli 2025 folgende Satzung beschlossen:

Artikel 1

Der Gebührentarif zur Satzung der Stadt Wegberg über die von der Allgemeinen Verwaltungsgebührenordnung für das Land NRW abweichende Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen des Standesamtes vom 14. Juni 2017, zuletzt geändert durch die Dritte Änderungssatzung vom 11. September 2024, wird wie folgt geändert:

1. Die Tarifstelle 7 wird wie folgt neu gefasst:

„Erteilung einer Bescheinigung über eine Namensänderung,
eine namensrechtliche Erklärung oder eine Erklärung nach
§ 2 des Gesetzes über die Selbstbestimmung in Bezug auf den
Geschlechtseintrag vom 19. Juni 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 206)
in der jeweils geltenden Fassung

- abweichend von Tarifstelle 2.2.2.3.2 AVwGebO NRW

12 EUR“

2. Nach Tarifstelle 7 wird folgende Tarifstelle 7a neu eingefügt:

„Anmeldung einer Erklärung zur Änderung des Geschlechts-
eintrags und der Vornamen und Beurkundung dieser Erklärung

- abweichend von Tarifstelle 2.2.2.3.4 AVwGebO NRW

60 EUR

In Fällen, in denen innerhalb von sechs Monaten nach Anmeldung der Erklärung zur Änderung des Geschlechtseintrags und der Vornamen keine solche Erklärung abgegeben wird, ist die Gebühr der Tarifstelle 7a um zwei Drittel zu reduzieren.“

3. In Tarifstelle 12 werden nach dem Wort „Personenstandsurkunde“ die Wörter „oder elektronischen Personenstandsbescheinigung“ eingefügt und es wird das Wort „gemäß“ durch das Wort „nach“ ersetzt.

Artikel 2

Diese Änderungssatzung tritt am 20. Juli 2025 in Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung der Stadt Wegberg wird hiermit öffentlich bekanntgemacht.

Gleichzeitig wird gemäß § 7 Absatz 6 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes gegen die vorstehende Satzung nach Ablauf von sechs Monaten seit ihrer Verkündung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung ist nicht ordnungsgemäß öffentlich bekanntgemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Ratsbeschluss vorher beanstandet oder
- d) der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Wegberg, 9. Juli 2025

gez.
Christian Pape
Bürgermeister